

DIE RÄTSEL DES GELDES

Die Welt des Geldes ist in Aufregung. Die DM ist plötzlich “unter Abwertungsdruck”, der Dollar, kürzlich noch besorgniserregend schwach, steigt und steigt (trotz eines mächtigen
5 “Abwertungsstaus”, der hinter, unter oder über ihm lauert) und gibt dadurch zu neuer Besorgnis Anlaß, der “Rentenhandel” klagt über ein verkehrtes “Zinsgefüge”, die Devisenhändler schieben mal wieder größere Summen durch die Welt - und mittendrin schafft es die Bundesbank, mit einer Zinserhöhung zugleich zu “bremsen” und zu “lockern”, und haut gleich noch ein paar Mrd. an
10 Währungsreserven auf den internationalen Geldmarkt. Derweil leiht sich die Regierung ein paar Mrd. bei den Ölscheichs.

Die Aufregung entsteht natürlich nicht dadurch, daß der gewöhnliche Mensch zuwenig Geld hat (das ist ja immer so), auch nicht dadurch, daß das Vertrauen ins Geld verloren gegangen wäre - sondern gerade weil man so großes Vertrauen ins Geld hat, nämlich fest an seine geheimnisvolle
15 innere Kraft glaubt, es könne sich aus sich selbst vermehren, hat sich - die Phantasie der Geldbesitzer und -händler gewaltig erhitzt: allüberall in der Welt steigen die Zinsen unwiderstehlich, und in den großen USA haben sie schon die Traummarke von 20% erreicht. Die, die vom Zins leben, sehen sich vor das schwere Problem gestellt, ihr Geld ganz schnell und ganz raffiniert dahin zu tun, wo sich der Zins gerade am stärksten nach oben bewegt - man muß ja keine Ahnung von ihm
20 haben, sondern nur von seiner *Bewegung*, um Geschäfte in den Ecken und Winkeln der Zirkulation machen zu können.

Wer vom gefragten Stoff genügend besitzt (meistens fängt sein Familienname mit einem “B” an), hat einerseits seine Gewißheit, daß die Produktion läuft und Geschäfte gemacht werden - es wird ja fleißig geliehen -, andererseits interessiert ihn die Produktion auch nur sehr bedingt, eben vom
25 Standpunkt der Zinsen aus: damit macht er sein Geschäft nach der Devise “Je höher, desto besser”, ohne sich dabei groß zu fragen, was das für den Zinslieferanten bedeutet (was nicht heißt, daß sich nicht auch ein Geschäft aus dem Fallen der Zinsen machen läßt - Ausnutzen der Bewegung ist der Trick).

Ausgerechnet die Deutsche Bundesbank - “Hüterin der Zinsen, Wächterin der Währung” oder so -
30 will das nicht einsehen. Wieder einmal hat sie den berühmten Diskontsatz hochgesetzt, und wieder einmal sagt sie dazu, sie wolle durch das Anheben der Zinsen das Geschäft erschweren: die Kreditvergabe werde schwieriger, die Nachfrage nehme ab, die Inflation gehe zurück, die Geldmenge schrumpfe usw. usw.

Die Willenserklärung der Bundesbank steht allerdings in seltsamem Kontrast zu Meldungen

- wie “Die Bundesbank will den Zins nicht ,wild‘ nach oben driften lassen, sondern im Griff behalten” (Stuttgarter Zeitung), was nichts anderes heißt, als daß die ganze ,Erschwernispolitik‘ darin besteht, die schon vollzogenen Zinserhöhungen der Banken nachzuvollziehen.

- wie auch zu der, daß gleichzeitig den Banken mehr Möglichkeiten eingeräumt wurden, sich bei der Bundesbank Geld zu beschaffen (sie können vermehrt Wertpapiere einreichen, um sich "Liquidität" - wofür wohl? - reinzuholen), welcher Vorgang die so ungemein poetische Wirtschaftssprache als "Öffnung des Lombard-Fensters, durch welches es allerdings kalt hereinzieht", bezeichnet. Das Geheimnis von Zinserhöhung, die nur nachhinkt und doch vorauseilen will, und gleichzeitiger "Liquiditätsverbesserung der Banken" klärt sich durch einen Blick ins aktuelle Wirtschaftsgeschehen:

Das Steuern der Gesetze...

Hochkonjunktur ist. Die Unternehmer kaufen viel und investieren viel, da es sich jetzt für sie lohnt - und die gestiegenen Zinsen nehmen sie dabei in Kauf. Die Bundesbank ändert daran nichts, aber indem sie mit der Zinserhöhung den wachsenden Kostendruck unterstützt, beteiligt sie sich maßgebend am notwendigen Übergang, wenn sich nämlich herausstellt, wer sich diese Kosten leisten konnte und wer *eigentlich* nicht mehr - letztere gehören hinausgesäubert:

"Für Unternehmen, die nur geringe Gewinne haben, die überdies auf eine hohe Fremdfinanzierung angewiesen sind und ihre Verkaufspreise wegen starker Konkurrenz nicht erhöhen konnten, bringen Zinserhöhungen in der Tat eine Verschlechterung ihrer Lage... Daß 'Grenz'-Kosten am schwersten getroffen werden, ist ein unverzichtbarer Bestandteil des marktwirtschaftlichen Steuermechanismus." (Wirtschaftsdienst, XII, 1979)

Die Bundesbank geht hin und steuert die ehernen marktwirtschaftlichen Gesetze, sie richtet das ein, was passieren muß - und gibt im Steuern gleichzeitig zu erkennen, daß sie mit dem so sich einrichtenden Wirtschaftsablauf unzufrieden ist. Diese staatliche Instanz ist also mit einiger Macht versehen, die dafür eingesetzt wird, daß die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sich auch tatsächlich durchsetzen. Die Wirtschaft ist auf die staatliche Gewalt angewiesen, die jedoch nichts anderes im Sinn hat, als die von eben der Wirtschaft vorgeschriebenen Erfordernisse durchzusetzen. Der ideologische Schein dessen ist, daß der Staat in seinem souveränen wirtschaftspolitischen Handeln *Rücksicht* zu nehmen hat auf die von seinen aktiven, unternehmerischen Wirtschaftsobjekten gesetzten ökonomischen Daten: er lenkt sie dorthin, wo sie schon längst hinwollten, aber ohne in nur schwerlich könnten.

...und was die dazu sagen

Zur Zeit sehen sie ihren Hauptlebenszweck in den USA: infolge der hohen Zinsen dort, wo der Staat auch mit einer Hochkonjunktur herumtut, vollzieht das deutsche Geldkapital seine Auswanderungswelle in die US-Tresore und in grüne Scheine (die Inflation braucht es ja nicht zu schrecken, weil es sich wieder in relativ wertbeständige blaue Scheine zurückverwandeln kann). Dieses simple ökonomische Verhalten, das dem deutschen Geldmarkt mitten in der Hochkonjunktur die Moneten entzieht, ist nun nicht als ebensolches ökonomisches Fakt anzusehen, sondern als - Entscheidungsproblem der Bundesbank: sie sieht sich in einen *Zielkonflikt* gestürzt. Das verwundert: ist nicht der Geldabfluß dem Ziel der Geldmengenschumpfung, Krediterschwerung... geradezu förderlich? Aber nein - plötzlich werden die jüngsten Maßnahmen ausdrücklich als Stop dieser Bewegung ausgegeben, man will das Geld zurückhaben, weil es die Wirtschaft hier braucht. Doch schon im nächsten Moment wird

auch das glatte Gegenteil behauptet: die Zinserhöhung sei für die *innere* Abkühlung der Konjunktur notwendig und der damit verbundene Geldrückfluß dem schädlich. In einem Wort: es wird beides gleichzeitig behauptet, und niemand stößt sich an diesem offensichtlichen Blödsinn, sondern entdeckt darin einen *Zielkonflikt*:

5 “Die Bundesbank ist nicht zu beneiden. Sie steht vor einem neuen Dilemma.” (Hans Friderichs, Bundesfinanzminister a.D. und Vorstandssprecher der Dresdner Bank)

Der *Konflikt* muß natürlich entstehen, wenn sie sich dem ökonomischen Handeln ihrer wohlhabenden Bürger unterwirft, weil sie es in geordnete Bahnen lenken will:

- 10 • Wenn die Geldkapitalisten die Tatsache der hohen Nachfrage nach Geld durch entsprechende Preisaufschläge (sprich: Zinsen) ausnutzen, wenn also das berühmte Gesetz von Angebot und Nachfrage plus dem daraus sich entwickelnden Preis mal wirklich in aller Unschuld funktioniert - dann entdeckt die Bundesbank darin eine Unordnung des Geldmarkts, die sie dadurch beseitigt, daß sie die unordentlichen Kräfte massiv unterstützt und so mit dafür sorgt, daß der zwischenzeitliche Endpunkt dieses Treibens, nämlich die Krise, auch ordentlich
15 erreicht wird; diesen Umgang mit dem Geschäftssinn der Kapitalisten heftet sie sich dann als *ihre* Leistung, “Abteilung Abkühlung der überhitzten Konjunktur”, an die Brust.
- Derselbe Geschäftssinn sagt den Kapitalisten, daß sie ihr Geld auch in die USA schicken können, also kaufen sie viele Dollars, erhöhen so dessen Wechselkurs und die Bundesbank bekämpft die daraus sich ergebenden Wirkungen der DM-Abwertung und des Geldabflusses,
20 indem sie dem Geschäftssinn ein paar verlockende Anreize im eigenen Land vor Augen führt: es lohnt sich doch auch, das Geld hier sich vermehren zu lassen.

Der Staat führt sich also als souveräner Wirtschaftslenker im eigenen Land auf, möchte der Wirtschaft *hier* zu ihrem Vorteil verhelfen - wenn diese Wirtschaft sich darum jedoch gar nicht kümmert, sondern ihren Vorteil auf dem Weltmarkt sucht und somit staatliche Bestrebungen
25 konterkariert, so entsteht darüber noch lange kein böses Blut, vielmehr stellt sich der Staat die von tiefen *Zielkonflikten* geprägte Frage: wie sind die *Wirkungen* dieses Handelns im Rahmenplan eines harmonischen nationalen Wirtschaftswachstums zu berücksichtigen? Die Korrektur kapitalistischen Handelns sieht dann immer so aus, daß ihm *Anreize* für Neu-Orientierung geboten werden...

30 **Zahlungsbilanz: Geld raus - Geld rein**

Daß die nationalen Wirtschaftspolitiken der diversen kapitalistischen Staaten vermittels des Handelns der Kapitalisten in Konflikt geraten, wenn diese nämlich ungeniert die Freiheit *ihres* Weltmarktes in Anspruch nehmen, wird natürlich auch unter dem Gesichtspunkt nationaler
35 Harmonisierungsbestrebungen diskutiert, keinesfalls als simple ökonomische Tatsache.

Was machten die deutschen Kapitalisten, als der Dollar fiel? Sie verlegten sich vom Warenexport (der teurer wurde) auf den Kapitalexport (der günstiger wurde, da die eigene Währung im fremden Land kaufkräftiger). Die Bundesbank - damit das *Währungsgefüge* nicht zusammenbreche - stützte den Dollar, daß er schön langsam auf 1,70 heruntersank, ermöglichte den deutschen
40 Kapitalisten einen möglichst reihungslosen Übergang. Jetzt, wo die Kapitalisten Dollars kaufen, um sich in den Erwerb amerikanischer Zinsen zu setzen, steigt der Dollar-Kurs, der Warenexport wird wieder lukrativer, gleichzeitig der (Öl-)Import teurer, der Kapitalexport erschwert - die Bundesbank diskutiert die ganze Veranstaltung als Problem der Zahlungsbilanz, daß nämlich der

Kapitalverkehr mit dem Ausland nicht mehr ausgeglichen sei (als ob er es jemals gewesen wäre!). Wen kümmert, daß es die Wirtschaft genauso haben wollte! - Hauptsache, sie kommt mit der neuen Situation und mit Hilfe des Staates genausogut zurecht wie vorher.

5 Die Absicherung des nationalen Kapitals bzw. die Verwandlung seines Handelns in Nebenbedingungen staatlicher Wirtschaftspolitik, zeitigt die schönsten ideologischen Begleiterscheinungen: nicht was der Staat *tut*, heißt die interessierte Frage, sondern wie seine Handlungen vor seinem eigenen volkswirtschaftlichen Ideal vom harmonischen Wachstum bestehen können. Die staatliche Einmischung in die Wechselkursentwicklung, die wie die 10 Währungsan- und verkäufe der Bundesbank zur *Glättung* der abrupten Sprünge selbst zeigen - nichts anderem sich verdankt als der wechselhaften Nachfrage nach einer bestimmten Währung (wofür die Kapitalisten immer sehr gute Gründe haben), diese staatliche Sorge wird z.B. im Munde des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Emminger zu einer wünschenswerten *Festlegung* der Wechselkurse durch den Staat, welche dieser dadurch bewerkstelligen sollte, daß er sich - 15 unabhängig von der tatsächlichen Bewegung, aber natürlich zum Wohle der eigenen Wirtschaft - einen neuen Maßstab ausdenkt, wie die Wechselkurse eigentlich sein sollten. Herr Emminger verfällt auf die pikante Idee, einen "gewogenen Durchschnitt der Inflationsdifferenzen der wichtigsten Währungen" (wer wiegt, gewinnt) herzustellen, entlang dieser waghalsigen Konstruktion sollte dann der DM-Kurs gesteuert werden - und siehe da: gerechtigkeitshalber kommt denn dann auch ein Dollarkurs von 1,70 DM heraus, der wäre nämlich gerade jetzt für die 20 deutsche Wirtschaft viel günstiger, meint Emminger. Da gelingt es schließlich sogar, den sehr einfachen Vorgang der staatlichen Pumperei bei den Scheichs ins Mysterium der idealen Zahlungsbilanz, nämlich der ausgeglichenen, zu verwandeln: Wie selbstverständlich werden die verrücktesten Vorstellungen in den renommierten Zeitungen ausgebreitet - handelt es sich doch um staatstragende Vorstellungen:

25 "Hier wird der Januskopf der öffentlichen Kapitalimporte sichtbar. Auf der einen Seite wird ein Augenblickserfolg erzielt, also das Loch in der Zahlungsbilanz zugekleistert; und auf der anderen das Bemühen um eine langfristig solide Zahlungsbilanz geschmälert.

Eigentlich bleibt nur ein Ausweg: der Bund müßte : die Auslandsgelder bei der Bundesbank stilllegen. Dann bliebe der Importeffekt erhalten und dem Ruf nach Stabilität wäre Genüge getan. 30 Kann sich aber ein Finanzminister mit solch weisen Lehren anfreunden...?" (Süddeutsche Zeitung)

Die Zahlungsbilanz*definition* bzw. ihre recht delikate Arithmetik, nämlich daß hereinkommendes Geld (Kapitalimport) die Zahlungsbilanz *verbessert*, hinausgehendes Geld (Kapitalexport) hingegen sie *verschlechtert*

35 - was den realen Hintergrund hat, daß Geld, das der Staat als nationaler Geldsouverän erst einmal in Klauen hat, in erster Linie seinen wirtschaftspolitischen Belangen dient, während aus jenen entlassenes Geld immer das Unsicherheitsmoment an sich hat, ob es auch zurückkehrt -, diese Arithmetik der Ausgeglichenheit verselbständigt sich bis zu dem abstrusen Vorschlag, der Staat solle sich Geld leihen, um *Zahlen* in seiner Bilanz auszugleichen, gleichzeitig darüber vergessen, 40 daß es sich um Geld handelt (welches bekanntlich seinen Lebenszweck nicht im Herumliegen in Tresoren findet, sondern sich unwiderstehlich zur Verausgabung drängt). Nur so können die *weisen Lehren* ihren *Ruf nach* Stabilität ertönen lassen - von Realität keine Spur mehr und doch

erdacht, um das Wachstum voranzubringen. Immerhin handelt es sich noch jedesmal um Wirtschaftsmenschen, die mit beiden Beinen fest im ökonomischen Alltag stehen, und niemand sperrt sie ein.

5

Logik des Kapitals

10 Unter der Überschrift "Aktionäre und Arbeiter wünschen dasselbe - sie möchten verdienen", unterbreitete der Bundesverband deutscher Banken in einer Großanzeige folgenden interessanten Vorschlag zur Beseitigung der Klassengesellschaft:

15 "Risiko-Kapital, das in der Wirtschaft arbeitet, ist hierzulande weniger populär. Wir Banken sehen darin ein wirtschaftliches wie auch sozial-politisches Problem. Denn unsere Wirtschaft braucht eine möglichst breite und sichere Kapitalbasis. Und eine breite Streuung des Produktivkapitals würde helfen, den überkommenen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit weiter abzubauen.

Wohlmeinende Absicht und gutes Zureden allein genügen indessen nicht, eine von der Mehrheit der Anleger vernachlässigte Anlageform nach vorn zu bringen. Auch die Erträge müssen stimmen. Das heißt, eine Politik, die Unternehmensanteile breiter streuen will, muß vor allem dies wollen: Bessere Erträge, damit der Lohn für das Risiko-Kapital auch dessen Einsatz lohnt."

20 Zu dumm der deutsche Arbeiter: er betrügt sich selbst um den Lohn für sein Risiko-Kapital, indem er weiterhin an dem überkommenen Gegensatz von Kapital und Arbeit festhält und aus der Fabrik einen Lohn mitnehmen will. Würde er nämlich auf letzteren verzichten, dann könnte er ihn in Risiko-Kapital anlegen. Feig ist er, der risikoscheue Arbeiter, weil er immer noch nicht einsehen will, daß er mit möglichst viel nicht vorhandenem Lohn so viele Aktien kaufen könnte, die grad deswegen so ertragreich wären, weil er sie sich nicht kaufen kann. Zur Strafe muß er
25 weiterhin bei Wim Thöölke zuschauen, wenn der "Riiiiisiko!" sagt.